

Schweizerischer Arbeitgeberverband

Teil 12 seiner Chronik: Von 2004 bis 2007

2004

Das Volk lehnt Steuerpaket, MwSt-Erhöhung und die 11. AHV-Revision ab.

Durch Volksabstimmung wird die Mutterschaftsversicherung beschlossen (Mitte 2005 eingeführt).

Das neue Berufsbildungsgesetz tritt in Kraft.

«Das erste Jahr der neuen Legislaturperiode zeigt (...), dass sich die beiden politischen Blöcke (...) gegenseitig neutralisieren», registriert der Arbeitgeberverband. Aus Arbeitgebersicht sei von Bewegung «wenig» und von einer Trendumkehr in zentralen Bereichen «gar nichts» zu spüren. Auch die Abstimmung vom 16. Mai über Reformpakete ist für den Verband enttäuschend. «Das Volk entschied nicht im Sinne der Arbeitgeber.» So wäre z. B. die AHV-Revision «ein erster Schritt» gewesen, «den Kurs des trägen AHV-Dampfers in Richtung Konsolidierung zu steuern». Ein «Sorgenkind» bleibe auch die IV. «Wir stellen uns nach dem Volksein dagegen, im Schnellverfahren eine Neuvorlage (...) zu forcieren.» Ziel müsse vielmehr sein, «die Anzahl der Fälle durch Früherkennung und rasche Wiedereingliederung zu reduzieren». Und: «Nicht verhandelbar sind aus Arbeitgebersicht zusätzliche Lohnprozente.»

Wenngleich die Meinungen in der Mitgliedschaft «sehr gespalten» sind, beschliesst der Arbeitgeberverband die Stimmfreigabe für die Volksabstimmung über die Vorlage zur Mutterschaftsversicherung, «was uns da und dort Kritik einbrachte». Aber: «Ohne Bundeslösung hätte in den Kantonen eine Vielzahl unterschiedlichster föderalistischer Lösungen (...) gedroht. Das wäre für die Wirtschaft alles andere als erfreulich gewesen.»

An der Formulierung des neuen Berufsbildungsgesetzes war der Arbeitgeberverband seit 2002 beteiligt. Ab Sommer 2003 ist er in einer Masterplangruppe tätig, die den gestaffelten Übergang alter Reglemente zu neuen Bildungsverordnungen koordinieren soll.

Die Umsätze ziehen «deutlich» an, «keine einzige Branche (bleibt) mehr im Minus», kann der Arbeitgeberverband positiv feststellen. «Klare Fortschritte» zeichnen sich auch bei den Erträgen ab, und im Mittel aller Branchen sei «der Personalabbau abgeschlossen». Sorgen bereite allerdings die «verbreitete anhaltende Preiserosion».

Die Arbeitslosenzahlen seien «von einer deutlichen Abnahme geprägt», konstatiert der Arbeitgeberverband. Zur Besorgnis Anlass gebe indessen «die hohe Zahl der jungen Arbeitslosen». Denn: «Ein missglückter Übergang von der Ausbildung in die Berufsar-

beit beeinträchtigt das Selbstwertgefühl.» Die Jugendarbeitslosigkeit werde daher «ein dringendes Thema» bleiben.

Der Arbeitgeberverband fordert seine Mitglieder wiederholt auf, neue Lehrstellen zu schaffen, und macht darauf aufmerksam, «dass sich die Zahl der Schulabgänger ab 2008 deutlich reduzieren werde».

«Je mehr Länder sich an der Globalisierung beteiligen und je intensiver sie dies tun, desto mehr steigt der Wohlstand für alle Beteiligten», urteilt der Arbeitgeberverband. Die Entwicklung Chinas und anderer Schwellenländer sowie die Veränderungen in Zentral- und Osteuropa seien «nicht als Bedrohung für die westlichen Industrieländer» anzusehen, sondern vielmehr als «grosse Chance». Deshalb postuliert der Arbeitgeberverband: «Eine Ausenwirtschaftspolitik, welche die Steigerung des Wohlstands der Schweiz zum Ziel hat, muss erstens die Förderung der Exporte, zweitens die Verbesserung des Marktzutritts für Importe und drittens die Integration möglichst vieler Länder in die Weltwirtschaft anstreben.»

Familien und Kinderzulagen sieht der Arbeitgeberverband als «eine Angelegenheit der Arbeitgeber und Kantone» und nicht als «Bundessache». «Wir bekämpfen daher die Volksinitiative «für faire Kinderzulagen»». Nur ein reines «Harmonisierungsgesetz zur besseren Koordination und einfacheren Administration der verschiedenen kantonalen Familienzulagen» könne akzeptiert werden.

Der Arbeitgeberverband fordert «eine klare Trennung» der Zuständigkeiten für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und im privaten Bereich. Konkret: «Den Begriff «arbeitsassoziierte Krankheiten» (Mobbing, Stress und Kreuzbeschwerden) lehnen wir ab, da er statistisch unkorrekt definiert ist.» Generell seien die Arbeitssicherheit und der Gesundheitsschutz «ohne zusätzliche Regulierungen und ohne Erhöhung des Prämienzuschlags» zu fördern.

2005

Im Rahmen der bilateralen Abkommen mit der EU stimmt das Volk den Abkommen von Schengen und Dublin sowie der erweiterten Personenfreizügigkeit zu.

Das Ja zu den Abkommen von Schengen und Dublin und zur erweiterten Personenfreizügigkeit mit den zehn neuen EU-Ländern wertet der Arbeitgeberverband als «erfreuliche Plebiszite» und auch als «das Verdienst des grossen Engagements der Wirtschaftsverbände». Der Verband ruft in Erinnerung: «Über 60% der Schwei-

zer Exporte gehen in die Länder der EU (...), jeder dritte Franken wird im Handel mit der EU erwirtschaftet (...), jeder dritte Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt von der EU abhängig.» Und es sei festzuhalten, «dass zahlreiche Firmen beabsichtigten, Geschäftsverbindungen zu den neuen Mitgliedsländern aufzubauen».

Die *Konjunktur* habe sich «deutlich erholt», urteilt der Arbeitgeberverband. Es bestünden «praktisch keine Unterschiede» zwischen den wirtschaftlichen Hauptregionen der Schweiz bezüglich «Umsatz, Ertrag, Personalbestand und Investitionen», und «nirgendwo» seien «rückläufige Tendenzen im Gange».

In der Ausweitung der *Frauenerwerbsquote* erkennt der Arbeitgeberverband eine «sich langsam verbessernde Situation der familienergänzenden Kinderbetreuung». Und auch die Einschätzung über den «Wert und die Stärken der *älteren Mitarbeiter*» sieht er im Wachsen und kommentiert: «Vor dem Hintergrund der sinkenden und alternden Erwerbsbevölkerung sind wir mehr denn je auf das Wissen und die Fähigkeiten älterer Arbeitnehmenden angewiesen.»

Die ständige *Wohnbevölkerung* in der Schweiz ist auf 7461100 angestiegen. Ausländer haben einen Anteil von 20,2%. Hier analysiert der Arbeitgeberverband eine deutlich höhere Erwerbslosenquote. «Teilweise» lasse sich dieses Phänomen erklären: Ein hoher Anteil der ausländischen Erwerbstätigen sei in besonders konjunkturabhängigen Branchen tätig; auch sei das durchschnittliche Ausbildungsniveau «tiefer», wodurch sich das Risiko, erwerbslos zu werden, erhöhe.

Der Bundesrat nimmt einen erneuten Anlauf zur *II. AHV-Revision*. Der Arbeitgeberverband warnt vor einer «Unterstützung der Frühpension»: «Auch in den Firmen muss der Trend zur Frühpensionierung gebrochen werden.» Denn in einer alternden Gesellschaft sei dies «der falsche Weg». Auch die *5. IV-Revision* sei angesichts der Finanzlage «schwierig». Doch immerhin seien «Früherkennung und Frühintervention als wesentlichste Neuerung ohne Verwässerung durchgegangen».

Im Sommer wird das «Bundesgesetz über die *Schwarzarbeit*» verabschiedet (Inkraftsetzung 1. Januar 2008), das auf kantonaler Ebene Kontrollorgane einführt und die gegenseitige Information regelt. Als «gelungen» wertet der Arbeitgeberverband, «dass die im Rahmen der flankierenden Massnahmen vorgesehenen Kontrollen (...) koordiniert werden».

Der «*Schweizer Arbeitgeber*», die frühere Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung, wird 100 Jahre alt. Aus diesem Anlass erscheint eine spezielle Jubiläumsausgabe. Der Arbeitgeberverband stellt befriedigt fest: «Mit der Fokussierung unserer Themen auf die Aus- und

Weiterbildung, auf den ganzen Bereich der Sozialversicherungen und der Sozialpolitik, des Arbeitsrechts, des Personalwesens, der Human Resources und anderer aktueller Arbeitgeberfragen können wir uns klar von anderen Medienerzeugnissen abgrenzen.»

2006

Der Arbeitgeberverband blickt auf «*ein gutes Arbeitgeberjahr*» und wertet: «Die schwierigen Anfangsjahre dieses Jahrzehnts liegen hinter uns.» Und: «Mit den Umsätzen und der Produktion stiegen auch die Gewinne deutlich an.» Die gute Konjunkturlage habe sich auch auf den *Arbeitsmarkt* durchgeschlagen. Der Arbeitgeberverband registriert eine «markante Abnahme» der Arbeitslosigkeit. In verschiedenen Bereichen und Branchen seien bereits «qualifizierte Mitarbeiter knapp geworden», und «ohne die Personenfreizügigkeit mit der EU hätte die Schweiz schon heute ernsthafte Engpässe». Eine «Verdrängung» der einheimischen durch ausländische Arbeitskräfte sei «nicht feststellbar».

«Weitgehend erfreulich» seien aus Arbeitgebersicht besonders die Abstimmungen zum *Ausländer- und Asylgesetz* sowie die Annahme des *Osthilfegesetzes*. Auch mit seinem Ja zur neuen *Bildungsverfassung* habe der Souverän «politische Weitsicht» bewiesen.

Lediglich die Annahme des Bundesgesetzes über die *Familienzulagen* sieht der Arbeitgeberverband kritisch: «Dieser Entscheid macht die Familienpolitik (...) zur Bundesangelegenheit und ist gar nicht im Sinne der Arbeitgeberschaft.» Die Familienpolitik sei zwar nicht direkt Sache der Arbeitgeber, «betrifft sie zum Teil aber stark und liegt deshalb auch in ihrem Interesse». Er bekämpft den weiteren Ausbau der Familienzulagen, «weil solche Giesskannenleistungen ebenso teuer wie ineffizient sind».

«Eine permanente Baustelle» bleibe der *Sozialversicherungsbereich* «mit erheblichem Reformbedarf bei fast allen Versicherungszweigen». So seien beispielsweise «die Finanzperspektiven der *Erwerbsersatzordnung* (...) in Folge der Mutterschaftsleistungen schlecht». Der Arbeitgeberverband kommentiert: «Unser Verband will die Erwerbsersatzordnung für Wehrpflichtige nicht weiter zum mit Lohnprozenten finanzierten familienpolitischen Allzweckinstrument werden lassen.» Er lehnt daher neue Leistungen oder Leistungserweiterungen bei der EO «strikte ab».

Im Rahmen der wichtigsten Gesamtarbeitsverträge vereinbarten die Sozialpartner eine nominale *Effektivloohnerhöhung* von durchschnittlich 1,8%. Im Vergleich mit einer Teuerung von 1,1% hält der Arbeitgeberverband fest, dass «somit die Kaufkraft der gesamtarbeitsvertraglich geregelten Löhne um mehr als ein halbes Prozent zugenommen» habe.

Die wöchentliche *Normalarbeitszeit* der Vollzeitarbeitnehmenden beträgt «42 Stunden und 20 Minuten».

Der Arbeitgeberverband wendet sich gegen Vorstösse «linker und gewerkschaftlicher Parlamentarier» für neue arbeitsrechtliche Bestimmungen, u. a. die Einführung gesetzlicher *Mindestlöhne*. «Unser Verband bekämpft alle diese Ansätze zur Einschränkung der Arbeitsmarktfreiheit.»

Der Arbeitgeberverband erarbeitet eine *Altersstrategie*, um die Diskussion über die Folgen der demographischen Entwicklung «auf breiter Ebene zu animieren». Er folgert: «Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmenden, auch über das heutige Pensionsalter hinaus, ist unumgänglich.» Er verweist dabei auf Deutschland, wo es der «skeptisch betrachteten Grossen Koalition» bereits gelungen sei, «eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre zu beschliessen».

2007

Seit 1. Juni wird den 15 «alten» EU-Mitgliedern sowie Malta und Zypern die volle Personenfreizügigkeit gewährt. Für die seit 2004 zehn neuen Mitgliedsstaaten (ohne Malta und Zypern) soll die volle Freizügigkeit 2011 verwirklicht werden. Für die ab 2008 neu hinzu kommenden Länder Rumänien und Bulgarien gelten Übergangsfristen bis 2019.

Bereits das vierte Jahr in Folge läuft der schweizerische «*Konjunkturmotor auf Hochtouren*». Die Wirtschaft erlebe erneut «ein Jahr mit hohem Wachstum und sehr guter Beschäftigungsentwicklung», wertet der Arbeitgeberverband und nennt als positive Faktoren «hohe internationale Nachfrage, tiefe Zinsen, günstiger Franken, tiefe Teuerungsraten», aber auch «*die Personenfreizügigkeit mit der EU*», ohne die manche Unternehmen ihre Wachstumschancen gar nicht hätten wahrnehmen können. In fünf Thesen fasst der Arbeitgeberverband bisherige Erfahrungen zusammen: «Befürchtungen über negative Verwerfungen sind unbegründet (...). Die Zuwanderung erfolgt kontrolliert und nach den Bedürfnissen der Wirtschaft (...). Es hat keine Verdrängungseffekte gegeben (...). Die Zuwanderung konzentrierte sich auf qualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte (...). Die Lohnentwicklung wurde nicht negativ beeinflusst.» Er schlussfolgert: «Der Schweizerische Arbeitgeberverband wird sich deshalb mit voller Kraft für die Fortführung des Personenfreizügigkeitsabkommens sowie seine Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien einsetzen.»

Auch «der markante *Rückgang der Arbeitslosigkeit*» setze sich fort. Allerdings seien die Sozialpartnerbeziehungen «nicht spannungsfrei». So beobachtet der Arbeitgeberverband «mit Sorge» fortgesetzte Bemühungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds und der Unia, den Streik als Konfliktlösungsmittel «zu normalisieren». «Auf der Strasse und im Lärm der Trillerpfeifen» seien konstruktive gemeinsame Lösungen jedoch nicht zu erreichen, hält der Arbeitgeberverband dagegen.

Positiv indessen seien aus Arbeitgebersicht zwei sozialpolitische Abstimmungen zu sehen: Die Ablehnung der Einheitskrankenkasse und das Ja zur 5. IV-Revision. Der Arbeitgeberverband unterstützt «eine IV-Zusatzfinanzierung mittels einer befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer» sowie die Schaffung eines selbstständigen IV-Fonds, «damit die AHV nicht weiter mit den finanziellen Risiken der IV belastet wird». Insgesamt gesehen bleibe die Sozialpolitik «eine permanente Grossbaustelle», urteilt der Arbeitgeberverband und fordert, das Parlament müsse sich «an die grossen Brocken heranwagen», um das System der Sozialen Sicherheit zukunftstauglich zu machen.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband sieht der Feier seines 100-jährigen Bestehens entgegen. Er bekräftigt, er wolle mit der Umsetzung einer liberalen Arbeitgeberpolitik auch weiterhin zur Stärkung des Standorts Schweiz beitragen. ■

Claudia-Regina Flores